

„Gar nicht weit auseinander“ und doch uneins

Knappe Mehrheit für Position im Dialogforum zur B 15 neu: Geplante Trasse abgelehnt

Adlkofen. Patt - 7:7 stand es in der Sondersitzung des Gemeinderats zur Positionierung für das Dialogforum zur B 15 neu bei der Abstimmung über die Anträge der „zwei Lager“. Diese hatten sich nach Vorstellung der Positionen der einzelnen Fraktionen zur B 15 neu herauskristallisiert. Die CSU und die Wählergemeinschaft Reichkofen sprachen sich zunächst grundsätzlich nicht gegen die B 15 neu von der A 92 bis nach Geisenhausen aus, sie wollten aber eine stadtnähere Trasse. Grüne, SPD und die Freien Wähler wollten jedoch gar keinen Ausbau der B 15 neu, sondern Umfahrungslösungen, die vor allem die Stadt finden müsse.

Nach einem Vortrag zu B 15 neu von Hans-Jürgen Withopf (siehe extra Artikel) machten sich die Gemeinderäte und etwa 30 der 100 Zuhörer des Vortrags auf den Weg zum Rathaus, wo über die Position, die Bürgermeisterin Rosa-Maria Maurer im Dialogforum am Montag vertreten soll, abgestimmt werden sollte. Die Meinung der Parteien hatten die Fraktionssprecher bereits in der Sitzung am 8. Juni erklärt:

Bernhard Westemeier als Sprecher der **CSU-Wählergemeinschaft Einigkeit** sagte: „Wir sind grundsätzlich für die Weiterführung der B 15 neu über die B 299 bis zur B 15 alt“. Aus Sicht seiner Fraktion sollte diese jedoch abweichend von der derzeit geplanten Trassenführung etwas weiter Richtung Landshut verlagert werden. „Unser Vorschlag wäre, den Tunnel weiter Richtung

Landshut zu verlagern, um so eine vernünftige Anbindung der FH, der Sparkassenakademie und des Messegeländes zu haben. Dadurch würde sich die Auffahrt zwischen Seethal und Schweinbach befinden. Dies hätte den Vorteil, dass der Tunnel bei Weitem nicht die Kosten verursachen würde und dadurch auch die Ortsteile Schweinbach, Birnkofen, Frauenberg und die Frauenberger Straße im Gesamten entlastet würden. Die Tunnelfahrt würde sich dann zwischen Gretlmühle und Anloh befinden.“ Die momentane Planungsvariante soll daher weiter nach Westen geschoben werden, da die Auffahrt direkt am Egberg sich äußerst schwierig gestalten würde und der Wald- und Grundstücksverlust enorm wäre.

Die Vertreter der **Wählergemeinschaft Reichkofen** schlossen sich den Ausführungen der CSU an.

Birgit John (**Bündnis 90/Die Grünen**) sprach sich gegen einen vierspurigen Weiterbau der B 15 neu über die Autobahn A 92 hinaus aus. Die Probleme an bestimmten Brennpunkten der B 15 wie in Landshut ergeben sich vorwiegend aus dem Ziel- und Quellverkehr. Hier schafft die B 15 neu keine Abhilfe. Eine für Lastwagen mautpflichtige vierspurige B 15 neu bringe für Landshut keine Entlastung des Schwerverkehrs, da die Nutzung der alten B 15 keine Mautkosten verursache. Eine von Landshut fast 15 Kilometer entfernte B 15 neu könne keine sinnvolle Ortsumfahrung sein (siehe auch Beispiel Alt-

dorf – die A92 hat keine Entlastung gebracht). Um die Verkehrsprobleme von Landshut zu lösen, muss der Verkehr auf der B 299 und B 15 sinnvoll geregelt werden. John schlug folgende Position für das Dialogforum vor: „Der bereits bestehende Antrag für den Verkehrswegeplan zum Ausbau der B 299 am Kaserneneck auf vierspurig wird begrüßt. Durch eine Landshuter Osttangente bleibt der Verkehr der B 15 aus der Stadt – eine Verlegung der B 15 aus Landshut Richtung Osten benötigt kein Raumordnungsverfahren, mit einer zeitnahen Realisierung könnte gerechnet werden.“

Stefan Werner wiederholte nochmals die Position, die Hubertus Fraktion am 8. Juni für die **SPD-Fraktion** vorgetragen hatte. Die SPD sprach sich gegen die B 15 neu aus. Ein Grund dafür sei, dass dadurch das Naherholungsgebiet Gretlmühle gefährdet sei. Die geplanten Maßnahmen so formulierte es Hubertus Werner, sei ein Versuch der Stadt, sich aus der Verantwortung zu stellen. Falls jedoch am Bau einer Ortsumfahrung festgehalten würde, forderte er, diese Landshutnah zu realisieren.

Christa Passek sprach für die **Freien Wähler**: „Wir lehnen eine Neutrassierung der B 15 neu – beginnend ab der A 92 Richtung Rosenheim sowie eine Verknüpfung einer zweifelsohne notwendigen Orts-

umgebung von Landshut mit der B 15neu – entschieden ab.“ Die Straßenerführung nach Rosenheim soll zeitnah auf einer ausgebauten B 15 alt mit wechselnden Überholspuren plus Ortsumgehungen (zum Teil ja schon vorhanden) erfolgen. Der Schwerverkehr ist über die A 92 und weiter über die Flughafentangenten Ost zur A 94 abzuleiten. Sollte die Entscheidung für eine Ortsumgehungen von Landshut fallen, so sollte diese möglichst im Stadtgebiet von Landshut und nur zweispurig erfolgen.

„Eine Untertunnelung der Isarhangeln ist wirtschaftlich absolut nicht vertretbar“, so die Freien Wähler. Zusätzlich zur Umgehungen von Landshut hat die Stadt auch in erster Linie den Ziel- und Quellverkehr zu regeln – eventuell unterstützt durch eine zusätzliche Isarbrücke am Lurzenhof zur B 15 alt. Die Problematik des Durchgangsverkehrs auf der B 299/Konrad-Adenauer-Straße könnte mit einer kreuzungsfreien Variante (Überführung oder Kreisverkehr) am Kaserneneck wesentlich entschärft werden. Alternativ sollte unbedingt auch eine westliche Umgehungen von Landshut begutachtet werden, da man damit den Durchgangsverkehr der B 299 aus Landshut raus bekommen würde.

Abstimmung: Am Mittwochabend wurden diese Positionen noch einmal kurz wiederholt.

Schließlich ließ Maurer abstimmen, zunächst über den Vorschlag der CSU: „grundsätzlich ja zur B 15 neu, aber die Umgehungen Landshut solle näher an der Stadt verlaufen“. Ergebnis: 7:7 Stimmen.

Grüne, SPD und Freie Wähler wollten keine B 15 neu, stattdessen eine stadtnähe Lösung, um die sich vor allem die Stadt kümmern solle. Ergebnis: 7:7 Stimmen.

„Eigentlich sei man doch gar nicht so weit voneinander entfernt“, kam es von beiden Seiten. Gegen die derzeit geplante Trasse schienen alle zu sein, nur waren nicht grundsätzlich alle gegen die B 15 neu. Nach kurzer Diskussion schlug Geschäftsleiter Johann Theis folgende Formulierung vor: „Der Gemeinderat spricht sich gegen die aktuelle Planung aus. Der Gemeinderat spricht sich für eine ortsnah Umgehungen von Landshut aus.“

Mit 8:6 Stimmen wurde diese Ausgangsposition, mit der Maurer nun ins Dialogforum starten soll, beschlossen. Gemeinderätin Alexandra Passek, die zur B 15 neu grundsätzlich befürwortenden CSU gehört, wollte, dass beim Dialogforum erwähnt wird, dass es sechs Gegenstimmen gab. Allerdings gab es noch einen zweiten Beschluss, der einstimmig ausfiel, die vorgelegte Planung wurde abgelehnt. Nicht anwesend waren die Gemeinderäte: Hans Strasser, Hubertus Werner und Valentin Petermaier. -bot-